

Massaker, Macht und Moral

VON JOSEF JOFFE

Die Welt hatte sich scheinbar mit dem bosnischen Dauerkrieg arrangiert, als die Granaten auf den Marktplatz von Sarajewo sie mit 66 Toten eines Schlimmeren belehrten. Wird das Massaker, der bisherige Höhepunkt des Grauens, die Welt und deren Politik verändern? Das ist keineswegs sicher. Denn die Gemeinheit allein wurde immer wieder gewogen und für zu leicht befunden, um den Westen zur Militärintervention zu bewegen.

Auf der 31. Münchner Sicherheitskonferenz, dem traditionellen halboffiziellen Strategentreff der NATO, drückte der amerikanische Verteidigungsminister Perry zwar 'Abscheu und Zorn' aus. Aber dann fiel der neue Pentagon-Chef in die alte Sprachregelung zurück. Dringender denn je sei eine 'Verhandlungslösung', und deshalb müsse die Weltgemeinschaft 'maximalen Druck' auf alle Parteien ausüben. Auf wen und wie - das ließ er offen. Eine bessere Antwort hatte keiner der Außen- und Verteidigungsminister, Senatoren und Parlamentarier.

Nach dem Debakel in Somalia ist die Antwort auch nicht einfacher geworden. Wer im Krieg aller gegen alle intervenieren will, muß vorweg wissen: Gegen wen? Dann: Mit welchem Ziel? Nur, um die Kräfteverhältnisse auszutariieren - oder gar, um eine politische Ordnung durchzusetzen, die nie alle zugleich befriedigen kann? Schließlich: Demokratien sind keine zuverlässigen Ordnungstifter. Somalia hat gezeigt, was Demokratien schaffen können - und wo sie versagen.

Solange es bloß darum ging, die Hungern den zu ernähren, hat die internationale Gemeinschaft Großartiges geleistet. Doch als sie sich einer ehrgeizigeren Vision verschrieb - die Kämpfer zu entwaffnen und zu züchtigen -, nahm das Debakel seinen Lauf. Der gewaltige moralische Impuls schmolz dahin, als plötzlich der Preis in der Münze eigener Opfer entrichtet werden mußte. Und so werden die Amerikaner, die Deutschen erneut zuschauen, wenn die Somalis ab April wieder auf ihre Weise 'Ordnung' schaffen.

Gewiß: Es dürfte den hochgezüchteten Luftwaffen des Westens nicht schwerfallen, den Belagerungsring um Sarajewo wenigstens zu lockern und zudem das Risikokalkül der Serben zu verändern. In 22 Monaten haben die Serben gelernt, daß sich der Westen zwar jedesmal aufbläst, aber dann wie ein löchriger Ballon wieder in sich zusammenfällt. Gezielte Luftschläge auf die verwundbaren serbischen Stellungen und Linien würden zwar keinen Frieden schaffen, aber die Glaubwürdigkeit wiederherstellen, welche jegliche Diplomatie so dringend braucht wie der Hebel die Kraft.

Doch sieht es kaum so aus, als würde das Massaker auf dem Marktplatz der Kraft auch den Willen verleihen. Amerika zögert, solan-

ge die Partner zagen. Belgien fordert zwar Luftangriffe, aber London will erst einmal eruieren, was seine Blauhelme am Ort dazu sagen. In Paris möchte man mal die Serben attackieren, mal die Muslime kujonieren. Und der deutsche Außenminister fordert leidenschaftlich das Offenkundige: 'Wir müssen gemeinsam mit den USA Wege zur Beendigung des Krieges finden.'

Ebenso offenkundig ist es, daß die Deutschen nur ganz leise laut werden dürfen. Auf der Münchner Konferenz haben sowohl Kanzler Kohl als auch sein Rivale Scharping noch einmal den Allparteienkonsens beschworen, wonach die Bundeswehr auf dem Balkan nichts zu suchen habe. Zwar will Kohl, anders als noch bei der 30. Konferenz, nicht kategorisch an dem Grundsatz festhalten, daß die Truppen des demokratischen Deutschlands nie wieder dort auftreten dürften, wo schon mal die Wehrmacht einmarschiert ist. Aber 'historische Empfindlichkeiten' müßten respektiert werden.

Wer sich an frühere 'Wehrkunde'-Tagungen erinnert, wird im Nachhall der Mörsergranaten mit Freude registrieren, daß wenigstens zwei andere Binnenkriege abgesetzt worden sind. Eitel Eintracht zelebrierten die Deutschen und Amerikaner in allen Fragen der 'Großen Politik' - ob es um Rußland, Osteuropa oder die Zukunft der NATO ging. Noch dramatischer war der von Scharping vorgezeichnete Kurswandel der SPD im Wahljahr 1994, der an den Richtungswechsel (Ja zur Westbindung) der frühen sechziger Jahre erinnert. 'Umarmung' war die Parole, und das gar nicht so geheime Signal Scharpings lautete: 'Wir sind salonfähig für jedwede Koalition.'

Nur der Gretchenfrage nach Kampfeinsätzen der Bundeswehr wich der SPD-Chef aus. Aber diese Antwort wird ihm wohl im Frühjahr das Verfassungsgericht abnehmen. Karlsruhe habe Scharping schon signalisiert (das streuen zumindest Parteifreunde aus), daß das höchste Gericht eine äußerst großzügige Auslegung jener Grundgesetzartikel verkünden werde, die - einst auch von der Union - als Verbot von out-of-area-Einsätzen interpretiert worden sind. Das wäre auch für Scharping die praktischste aller Lösungen, könnte er doch dann die Parteilinke mit der Abwandlung eines alten Spruchs ruhigstellen: Karlsruhe locuta, causa finita - das Gericht hat gesprochen, die Sache ist erledigt.

Der Krieg in Bosnien wird dann aber noch nicht erledigt sein. Doch was werden die Deutschen tun, wenn ihnen die Richter die selbstaufgelegten Fesseln abgenommen haben werden? Womöglich werden sie mit Wehmut auf die Zeit zurückblicken, als sie noch im stillen Winkel den anderen die Entscheidung über 'Rein oder nicht rein' überlassen konnten.